

Franz Müntefering, SPD-Bundesvorsitzender

Lieber Franz Josef Möllenberg, lieber Michael Sommer, liebe Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages, liebe Kolleginnen und Kollegen insgesamt! Ich bedanke mich für die Möglichkeit, hier für die Sozialdemokratie ein Grußwort zu sprechen und will dabei zum Ersten eingehen auf das, was uns in diesen Tagen alle miteinander bewegt.

Wir erleben ein Beben. Es ist plötzlich klar, dass in dieser Welt, in dieser globalisierten Welt, in diesem Europa das Soziale und das Demokratische in großer Gefahr sind. Über die ganzen Jahre hinweg wird schon darüber gesprochen, aber die Massivität, mit der uns das jetzt erreicht, ist etwas, was viele überrascht hat und das uns alle auch ein Stück weit den Atem nimmt, um darauf gleich die richtigen Antworten zu finden.

Lehrbücher für die Situation gibt es nicht. Festzustellen ist nur: Hier wird exemplarisch deutlich, dass Wettbewerb gut ist, der Wettbewerb aber seine Regeln braucht, und zwar faire Regeln braucht und dass Demokratie als demokratisch legitimierte Macht, als Macht auf Zeit gegeben, um das Leben und die Welt zu gestalten, unentbehrlich ist. Und das in einer Zeit, in der die Nationalstaaten nur noch begrenzt Politik gestalten können, Nationalökonomie machen können.

In einer solchen Zeit ist es auch unverzichtbar, dass wir alle miteinander dafür kämpfen, dass in Europa und weltweit die soziale Ordnung gelingt, dass endlich klar ist: In dieser Welt ist die Wirtschaft für den Menschen da und nicht umgekehrt, Geld ist für die Menschen da und nicht umgekehrt. Demokratie und demokratische Macht sind unentbehrlich, wenn man eine Welt haben will, die eine menschliche Welt ist. Dafür müssen wir miteinander streiten.

(Beifall)

Wir müssen jetzt handeln. Lehrbücher für diese Situation gibt es nicht. Wir haben als Erstes versprochen: Wir sorgen in dieser Koalition und mit diesem Gesetzgeber dafür, dass die Spareinlagen der kleinen Menschen gesichert sind. Das ist kein kleiner Schritt. Die 10.000, die 20.000, die 50.000 Euro, die da angelegt sind, sollen gesichert sein.

Wir müssen jetzt einen zweiten Schritt machen. Der zweite Schritt heißt: Wir müssen versuchen dazu beizutragen, dass die Arbeit bei uns im Land stabil bleibt, damit wir im Jahre 2009 nicht in eine neue große Arbeitslosigkeit trudeln. Die Frage, die sich daran anknüpft, ist: Gibt es Arbeit in Deutschland, die gehoben werden kann? Gibt es Arbeit, die mobilisiert werden kann? Was können wir tun, um dieses zu erreichen? Was können wir mit dem zu wenigen Geld, das wir haben, tun, damit im Jahre 2009 in Deutschland die Arbeitslosigkeit nicht explodiert, sondern die Menschen Arbeit behalten und neue Arbeit gewinnen?

Ich verspreche Ihnen hier – wir haben das heute Morgen noch einmal miteinander und auch mit Frank Walter Steinmeier beschlossen –: Wir werden als Sozialdemokraten alles dafür tun, dass noch in diesem Monat, in diesem Oktober, geklärt wird, in welcher Weise, mit welchen Maßnahmen wir vorgehen können. Wir können keinen Attentismus gebrauchen, wir können keine Zeit gebrauchen, in der alle darauf warten, was denn nun eigentlich geschieht.

Die 20 oder 30 Maßnahmen, die da inzwischen in der Luft sind, sind nicht gerade hilfreich. Wir müssen miteinander überlegen: Welches sind die Maßnahmen, die man einsetzen kann, damit möglichst schnell möglichst viele Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden? Und das machen wir in diesen Tagen mit aller Intensität. Sie können sich darauf verlassen. Viele Teile Ihrer Branchen sind solche Bereiche, in denen man weiß: Jawohl, Arbeit ist möglich und Arbeit muss bleiben und Arbeit soll auch in Zukunft gesichert sein.

(Beifall)

Wir werden dann daran gehen müssen, miteinander Regeln zu finden, wie das denn eigentlich organisiert sein soll in dieser Welt, wie denn das eigentlich funktionieren kann, wie in einer globalisierten Welt, in der das Geld frei durch die Welt reist, Politik, Demokratie entscheiden können, in welcher Weise diese Gesellschaft gestaltet werden soll.

Da ist aus meiner Sicht die große Chance, auch der große Feldversuch: Die 27 souveränen Staaten in Europa müssen versuchen, in einem Europa, das eine Wohlstandsregion ist, das aber kein Bundesstaat ist und kein Staatenbund werden kann, jedenfalls nicht bald, sich in einem solchen Gebilde in die Lage zu versetzen, demokratisch legitimiert Vereinbarungen miteinander zu treffen, wie sich dieses Europa als ein soziales, auch soziales Europa organisiert. Die Menschen müssen wissen, die Menschen müssen erleben: Jawohl, dieses Europa ist etwas, von dem wir etwas haben, das Ökonomische, das Ökologische und das Soziale gehören

zusammen. Nur wenn wir daraus eine gemeinsame und vernünftige Politik machen, werden wir auch erfolgreich sein und wir werden auch die Demokratie sichern.

Als ich vor einigen Jahren über die Heuschrecken sprach, hatte ich das nicht als Finanzpolitiker getan; soviel verstehe ich davon nicht. Aber ich habe Sorge um die Demokratie, weil die Menschen, denen ich begegne, mir sagen: „Was macht ihr denn dagegen?“ Und ich muss antworten: „Ich weiß nicht genau, was wir machen können.“ Dann sagen die: „Könnt ihr denn etwas dagegen machen?“ Und ich sage dann: „Ich weiß nicht so genau.“ Das ist dann die Stelle, an der die fragen: „Brauchen wir denn dafür Politik? Brauchen wir dafür Demokratie?“ Das Schlimme ist, dass diejenigen mit dem ganz vielen Geld, dieser moderne Kapitalismus, darüber auch offen reden.

Die Frage ist nur eine rhetorische: Wäre es denn nicht ohne Demokratie etwas, das schneller ginge, wäre das nicht etwas, das nützlich wäre für die Wirtschaft? Was wird aus der Mitbestimmung? Was wird aus dem Kündigungsschutz? Keine Illusion: Wenn es Europa nicht gelingt zu beweisen, dass demokratisch legitimierte Regierungen in der Lage sind, miteinander Regeln zu vereinbaren, in denen Wirtschaft und Soziales in gleicher Weise ihre Rolle und Funktion haben und die soziale Ordnung geregelt wird, wird es mit der Demokratie auf der Welt so toll nicht aussehen. Es gibt keine andere Region, die auch nur annähernd so demokratisch denkt wie das Europa tut. Deshalb müssen wir in diesen Jahren, in diesem Jahrzehnt und im kommenden Jahrzehnt erreichen, dass dieses Europa eine Wohlstandsregion ist, die demokratisch regiert und die sozial bestimmt ist. Das Soziale muss die dominierende Größe in diesem Europa sein.

Und dafür brauchen wir auch Gewerkschaften, die stark sind. Ich habe im letzten Jahr viele Male mit Michael Sommer während der Zeit der Präsidentschaft in Europa zusammengesessen. Nicht nur wir Politiker, nicht nur wir Sozialdemokraten und demokratischen Sozialisten, auch die Gewerkschaften haben Nachholbedarf unter der Fragestellung: Was können wir denn eigentlich tun, um unsere eigenen Interessen in Europa zu organisieren? Wenn die Arbeitnehmer in Frankreich und in England und in Holland gleichzeitig auf der Straße stehen und in irgendeinem großen Unternehmen die Bosse oben entscheiden, wo denn die Arbeitsplätze dicht gemacht werden, dann ist das verheerend für das Gefühl der Menschen gegenüber der Demokratie. Wir müssen deshalb beieinander stehen und müssen Regeln finden für das, was in Europa nötig ist, damit wir die Interessen der Arbeitnehmer auch menschenwürdig vertreten können. Das ist eine der ganz großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich glaube, dass man diese Fragen nicht besser beantworten kann als mit Sozialstaat und mit sozialer Marktwirtschaft und mit Sozialpartnerschaft. Sozialstaat ist die große Chance, Solidarität zu organisieren. Es gibt junge Menschen, die mich fragen: „Ist denn die Krankenkasse eigentlich vernünftig? Ist denn die Rentenversicherung vernünftig? Ist es nicht besser, ich spare für mich selbst? Dann komme ich auch alleine klar.“ Diese Stimmen sind leiser geworden, die haben gemerkt, was daran ist, an den Aktien und welche Risiken damit verbunden sind.

Deshalb ist die große Botschaft des Sozialstaates in dieser Zeit, glaubwürdig, belastbar und auch zukunftsfähig zu sein. Es gibt nichts Sichereres auf dieser Welt als organisierte Solidarität im Sozialstaat, Menschen für Menschen. Das ist das Beste, das Sicherste, das man überhaupt tun kann, wenn man für einander sorgen will. Dafür stehen wir und das muss auch in Zukunft so sein. Der Sozialstaat ist unverzichtbar, jetzt und auch in Zukunft.

(Beifall)

Der Franz-Josef hat auch die Sozialpartnerschaft angesprochen. Ja, natürlich, es gibt zwischen uns, der Politik und den Gewerkschaften und den Arbeitgebern immer auch wieder Reibungsflächen, so wie sich die Gewerkschaften und Arbeitgeber auch reiben. Wir sind nicht beratungsresistent, die Gewerkschaften sind es ja auch. Keiner hat von Anfang an die Wahrheit auf seiner Seite. Es ist gut, wenn wir mal ein bisschen aufeinander hören.

Ich will doch einmal daran erinnern dürfen, wie das mit dem Mindestlohn gewesen ist. Kaum war ich damals Parteivorsitzender geworden, hatte ich schon eine Arbeitsgruppe ins Willy-Brandt-Haus einberufen mit der Aufforderung: „Lasst uns doch mal klären, wie das mit dem Mindestlohn eigentlich ist, was wir tun können.“ Auch Franz-Josef Möllenberg hat gesagt, er brauche Mindestlohn. Andere Gewerkschaften und auch meine haben aber gesagt: „Nein, nein, so ist das nicht.“ Wir haben dann ein halbes bis ein Dreivierteljahr gebraucht,

bis wir uns einig waren, was denn nun eigentlich werden sollte. Das ist doch keine Schande, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nicht jeder weiß in jedem Augenblick, was nötig ist.

Wir müssen auch den Mut haben zu sagen: „Wir müssen uns das in Ruhe angucken und dann werden wir daraus unsere Schlüsse ziehen und daraus gemeinsame Politik machen.“ Heute bin ich überzeugt, dass der Olaf völlig Recht hat, wenn er sagt: „Mindestlohn sei nicht nur sozial gerecht, sondern er sei auch ordnungspolitisch vernünftig.“ Es kann doch nicht sein, dass ein Unternehmer den anderen dadurch in die Knie konkurriert, dass er seinen Arbeitnehmern so niedrige Löhne gibt, dass sich diese anschließend ihren Rest bei Münte oder bei Scholz abholen müssen. Das kann doch nicht sein, das hat doch mit Ordnungspolitik nichts zu tun. Wir sind doch eigentlich diejenigen, die auf Ordnungspolitik achten.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das gilt in gleicher Weise für die Leiharbeiter. Das, was wir da jetzt haben, das haben wir lange diskutiert, auch mit den Gewerkschaften. Wir haben gesagt, wir machen das. Wir haben das nicht gegen den Willen von irgendwem gemacht. Wir haben aber gemerkt: Das wird missbraucht. Deshalb bin ich dabei, wenn der Michael oder der Franz-Josef sagen, so ist das nicht gedacht. Der Olaf hat es auch angesprochen. Ich glaube schon, dass es auch eine Form der Leiharbeit gibt, die einen Sinn hat, gerade als Personalentwicklungskonzept für kleine und mittlere Unternehmen.

Was aber sicher sein muss, ist: Die Leiharbeit muss in den Mindestlohn eingezogen werden, und der, der als Leiharbeiter unterwegs ist, muss denselben Lohn erhalten wie der, der regulär in einem Betrieb ist. Das muss so sein.

(Beifall)

Daran wollen wir auch gemeinsam arbeiten.

67: Franz-Josef hat es angesprochen. Mir ist klar, dass das ein Streitpunkt zwischen uns bleibt. Es ist vernünftig, dass ihr darüber redet. Ich will euch nur noch einmal sagen, wie die Entscheidungslage damals eigentlich war und wie sie ist.

Zu meiner Zeit sind die jungen Leute mit 14, 15 oder 16 Jahren in den Beruf gegangen, heute geschieht das im Durchschnitt mit 21 Jahren. Als 1998 Rot-Grün an die Regierung kam, hatten 50 % der Unternehmen in Deutschland niemanden beschäftigt, der älter als 50 Jahre alt war. Von der über 55-Jährigen waren noch 37 % in der Berufstätigkeit - 37%! Heute sind es 52 %.

Wir leben zehn Jahre länger als die, die 1960 vergleichbar alt waren. Klopfen wir auf Holz und hoffen wir, wir werden relativ gesund alt.

Wir zahlten im Jahr 1960 zehn Jahre lang Rente. Jetzt zahlen wir 17 Jahre lang. Wir werden im Jahre 2020 20 Jahre Rente zahlen.

Diese ganzen Zahlen habe ich gesehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dazu muss man kein Mathematiker sein, dazu reicht Volksschule Sauerland, um zu wissen: Das haut nicht hin. Wir müssen irgendetwas machen. Deshalb bitte ich an der Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ihr uns genau zuhört, was wir eigentlich wollen, wofür es geht und was wir mit dieser Entscheidung für 67 verbunden haben.

Ich habe hier einen Beschluss meiner SPD, den ich dem Franz-Josef gleich gebe, weil ich meine, wir sind jetzt in einem Verfahrensstand, wo wir uns das gegenseitig sagen müssen und wo wir das Bild füllen müssen. Wir haben in Hamburg beschlossen und zwar von mir formuliert:

„Wir streben an ein Gesetz zur Förderung des flexiblen Übergangs vom Erwerbsleben in die Altersrente. Das Gesetz soll regeln, wie nach Auslaufen der BA-Förderung der Altersteilzeit ab dem Jahr 2010 noch eine sinnvolle Verzahnung von Teilrente und Altersteilzeit, ein flexibler Übergang ab dem 60. Lebensjahr ermöglicht werden kann. Diese Regelung muss für die Sozialsysteme weitestgehend kostenneutral sein.“

Das ist ein schwieriger Beschluss, aber ein Beschluss, der zeigt: Wir wissen doch, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen - Bei dem Wort „Genossen“ ist der Franz-Josef ein bisschen nervös geworden. Ich hatte ihn gerade angeschaut, nicht den Ernst. - Wir wissen doch, wie das an der Stelle war und dass wir dafür sorgen müssen, dass wir eine Regelung finden, die auf individuelle Dinge eine gewisse Rücksicht nimmt und die das im Blick behält.

Es gibt viele Kolleginnen und Kollegen in euren Gewerkschaftsteilen, die nicht bis 67 Jahre arbeiten können. Es gab auch viele, die nicht bis 65 Jahre arbeiten konnten. Deshalb bitte ich an der Stelle, dass wir uns darin einig

werden, dass wir bei einem so veränderten Lebenslauf, bei einer so veränderten Einstiegszeit in den Beruf offener sein müssen dafür, dass man nicht mit 55, 57, 58 oder 60 Jahren aus dem Beruf ausscheidet, dass man vielmehr individuelle Lösungen findet für die, die mehr oder weniger betroffen sind.

Ich sehe da hinten den Klaus Wiese, der mich anschaute und der mich diesbezüglich schon hinreichend oft agitiert hat. Ich weiß, um was es geht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen in der Lage sein, hinreichend differenziert an die Sache heranzugehen und dafür zu sorgen, dass wir Regelungen finden, die der jeweiligen speziellen Situation gerecht werden. Wir dürfen nur nicht die Illusion haben, dass wir das, was in der 80-er Jahren passiert ist, in den 90-er Jahren auch noch praktiziert worden ist, weiterführen. Die schlichte Wahrheit ist doch: Viele große deutsche Unternehmen haben rücksichtslos ihre Personalrollen leer gemacht, indem sie die Leute, die 54, 55, 56 Jahre alt waren, rausgeschmissen haben, und bezahlt haben es alle die, die Sozialversicherungsbeiträge zahlen. So ist das gelaufen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Jetzt haben wir uns vorgenommen, dass wir im nächsten Jahr, im Jahr 2009, als Sozialdemokraten etwas erreichen, was wir im Jahr 2005 auch schon hinbekommen haben: nämlich dass es keine Regierung gibt, die marktradikale Ansätze hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß um das Verständnis, wenn ich sage, Schwarz-Gelb soll es auch im nächsten Jahr nicht geben. Wahrscheinlich sind wir uns sogar ein bisschen einig an der Stelle. Es wird jedenfalls schon etwas gewonnen sein, wenn das klar ist. Der Marktradikalismus ist in Deutschland im Jahr 2005 vor die Wand gelaufen. Die jetzigen Ereignisse beschreiben noch einmal nachdrücklich, dass er auch in Zukunft keine Chance haben wird. Also wird es eine andere Konstellation in der Mitte des Parlaments geben. Wir werden dafür sorgen, dass wir daraus gemeinsam gute Politik machen können unter der Überschrift „Gerechtigkeit ja“.

Es gibt drei Gerechtigkeitsformen. Über die Sache der Verteilungsgerechtigkeit haben Olaf und ich jetzt genug geredet. Verteilungsgerechtigkeit heißt, wir nehmen Anstoß an den sittenwidrig niedrigen Löhnen und nehmen Anstoß an den sittenwidrig hohen Löhnen. Ich verstehe die Empörung, und ich bin selbst dabei. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, das darf man sagen: Menschen können zehnmal so gut sein wie andere, aber nicht tausendmal so gut wie andere. Es kann nicht sein, dass einer mit 14 Millionen € im Jahr nach Hause geht, nur weil er Banker ist. Das kann nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall)

Das ist, bitte schön, keine Frage des Neides. Da fragt sich vielmehr der normale Mensch, da fragen sich die jungen Menschen, ob das die Gesellschaft ist, die wir eigentlich wollen.

Wir wollen aber auch etwas erreichen im Bereich der Generationen- und der Chancengerechtigkeit. Die Chancengerechtigkeit entscheidet sich in der Schule oder vor der Schule. Olaf hat den Bereich der Berufsausbildung angesprochen. Ich will die Zeit ansprechen, in der die Kinder noch nicht in der Schule sind oder in die Schule kommen.

80 000 Jugendliche sind im letzten Jahr ohne Abschluss aus der Schule gekommen. Ich habe Programme gemacht, der Olaf macht sie wieder, damit die noch nachträglich ihren Schulabschluss machen können. Das ist gut! Solche Programme werden wir auch in Zukunft haben. Trotzdem fühlen wir uns nicht ganz wohl dabei. Denn wir wissen, wenn wir das Geld nehmen und es für die Drei- und die Vierjährigen einsetzen würden, um dafür zu sorgen, dass sie, wenn sie in die Schule kommen, die deutsche Sprache können, wäre viel mehr gewonnen, als wenn wir hinten versuchen müssen, das Ganze zu reparieren. Es muss doch möglich sein in Deutschland, dass wir das endlich hinkriegen!

(Beifall)

Bildung ist keine abgeleitete ökonomische Größe. Bildung darf sich nicht an der Frage ausrichten, wie viele Ingenieure die Gesellschaft braucht. Bildung muss sich an der schlichten Wahrheit ausrichten, dass Bildung die Bedingung dafür ist, dass Menschen den aufrechten Gang haben, dass sie Bescheid wissen, damit sie nicht untergebuttert werden können, dass sie in der Lage sind, aufrecht als Demokratinnen und Demokraten zu leben. Bildung ist eine Grundbedingung für Freiheit, für persönliche, individuelle Freiheit. Deshalb war es in der Arbeiterbewegung, bei den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, immer ganz oben an. Wir haben vor 150 Jahren nicht mit einer Krankenkasse angefangen. Die haben wir später auch gegründet. Nein, wir haben einen Arbeiterbildungsverein gehabt. Die Geschichte, die Franz-Josef Möllenberg zu der Gewerkschaft Tabak

erzählt, ist doch die legendäre Geschichte: Die zehn Kollegen, die vereinbart haben, dass neun so schnell arbeiten, dass der Zehnte ihnen unterdessen vorlesen kann, damit sie Bescheid wissen – dieses, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen Sie in ihrem Kopf haben. Es geht nicht allein darum, dass wir Arbeit qualifizieren, damit die Wirtschaft Fachleute hat – das ist auch wichtig -, es geht zunächst einmal darum, dass unter dem Gesichtspunkt von Chancengerechtigkeit jedes Kind, ganz gleich aus welcher Familie es kommt, die Chance hat, Bildung zu erfahren und sein eigenes Leben zu gestalten. Das ist der Kern sozialer Politik, das ist der Kern für demokratischen Erfolg, und deshalb bleibt das einer der Schwerpunkte unserer Politik auch für die kommenden Jahre.

(Beifall)

Als Johannes Rau Bundespräsident wurde, hat er uns auf das wichtigste Buch hingewiesen, das Deutschland zurzeit hat – nach Karl Marx. Das ist das Grundgesetz. Es lohnt sich wirklich, das zu lesen. Es sind sehr kurze und prägnante Sätze. Wenn einer wissen will, wo man das lernen kann: Grundgesetz lesen! Artikel 1: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Der Rau hat damals gesagt: Liebe Leute, im Grundgesetz steht: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Im Grundgesetz steht nicht: Die Würde des deutschen Menschen ist unantastbar. Das war damals etwas, was viele, auch Konservative, aufgeregt hat. Aber das kann die Klammer für alle sein, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, für Deutsche und Nichtdeutsche, dass wir uns bewusst sind: Wir wollen hier in einem Land leben, das demokratisch und sozial ist und in dem niemand Angst haben muss, weil er anders ist als andere.

Jeder soll nach seiner Art in diesem Deutschland leben können. Wenn wir das miteinander schaffen, wenn wir alles, was an Populismus da ist, beiseite halten, wenn wir dafür sorgen, dass die Menschen aufrechten Gangs und ohne Angst durch das Land gehen können, dann ist viel erreicht für die Zukunft Europas und für Deutschland. Alle anderen Dinge werden wir miteinander erkämpfen, Franz-Josef, und nötigenfalls auch erstreiten.

Streit ist eine Tugend in der Demokratie. Das Harmoniebedürfnis, das wir in Deutschland manchmal haben, ist überhaupt nicht hilfreich. Ich glaube, dass der Krieg nicht der Vater aller Dinge ist, der Streit um den richtigen Weg aber ja. Dabei kommt es auf eines an – diesbezüglich bitte ich, dass wir uns einig sind -: Es geht darum, sich die guten Ziele gegenseitig nicht zu bestreiten. Wenn einer sagt: „Ich möchte, dass die Alterssicherung funktioniert und dass die Menschen Arbeit haben“, und daraufhin über den Weg dorthin gestritten wird, dann ist das kein Schaden. Denn Reibung erzeugt Hitze, aber auch Fortschritt. In dem Sinne alles Gute und ein herzliches Glückauf!